

Gemeinderatsfraktion der Grünen

Korntal-Münchingen

Roman Graser
Wolf Ohl
Isolde Onken
Harald Wagner



Korntal-Münchingen, März 2017

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich möchte als erstes auf die finanzielle Gesamtsituation der Stadt eingehen. Im Spiegel-online hieß es kürzlich zum Bundeshaushalt: „24 Milliarden Euro - auf diese stolze Summe belaufen sich inzwischen die Haushaltsüberschüsse. Was sollte der Finanzminister mit dem Geld anfangen?“

Wir hier in Korntal-Münchingen wüssten, was er damit anfangen sollte. Er sollte es dorthin geben, wo dringender Bedarf besteht. Er sollte danach sehen, wie es in vielen Gemeinden steht und welche Belastungen diese zu bewältigen haben. Natürlich gibt es auch wohlhabende Gemeinden, z.B. hat Gerlingen mit 55 Millionen Gewerbesteuererinnahmen pro Jahr ganz andere Voraussetzungen als wir hier. In den letzten Jahren kamen bei uns so viele neue Aufgaben hinzu, dass trotz aller Sparsamkeit unsere Gemeindesteuern nicht mehr reichen. Hier einige Beispiele: mehr Kitas für Kinder unter drei Jahren, mehr Ganztages-Kitas, neue Schulformen mit Ganztagesbetrieb, erweiterter Brandschutz in öffentlichen Gebäuden, umfangreiche anstehende Renovierungen, Bereitstellung von Unterkünften für Flüchtlinge und deren Betreuung und anderes. So wichtige Aufgaben, wie die Errichtung von bezahlbarem Wohnraum, können kaum richtig angegangen werden. Beim Umweltschutz halten wir uns sehr zurück, obwohl hier wegen des Klimawandels eine kontinuierliche CO2 Reduzierung so wichtig wäre.

In mehreren Klausurtagungen haben wir, Stadtverwaltung und Gemeinderat, nach Lösungen gesucht. Trotz aller Anstrengungen müssen wir damit rechnen, dass unsere Stadt bis zum Jahr 2020 ca. 20 Millionen Euro Schulden haben wird. Danach stehen noch weitere teure Aufgaben an, die die Schulden weiter nach oben treiben werden. Dazu kommt die Doppik ab 2020 (die Stunde der haushälterischen Wahrheit), die das Ergebnis noch schlechter ausfallen lassen wird. Wir teilen deshalb die Meinung der Stadt, die im Haushaltsentwurf 2017 einleitend sagt:

„Bedenklich ist, dass es in der jetzt vorgelegten Finanzplanung ab dem Jahr 2019 nicht mehr möglich sein wird, die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführung in Höhe der Tilgungsausgaben zu erwirtschaften. Auch wenn die Hoffnung besteht, dass es am Ende doch nicht so schlimm werden könnte, sollten im Interesse einer soliden und nachhaltigen Finanzpolitik hier rechtzeitig die Weichen gestellt werden. Finanzpolitik sollte sich eben nicht an Hoffnungen, sondern an Realitäten ausrichten.“

Wir sind froh, dass der Gemeinderat jetzt mehrheitlich beschlossen hat, einen Finanzcontroller einzustellen. Dieser soll neutral analysieren, wo an den Einnahmen oder Ausgaben Änderungen vorgenommen werden sollten. Ob er Entscheidendes bewirken kann, zeigt die Zukunft. Wir Grüne sind positiv gestimmt und erhoffen uns eine mittel- bis langfristige Verbesserung der Finanzsituation.

Flüchtlinge

Im letzten Jahr war die Herausforderung der Unterbringung der Flüchtlinge besonders groß und wird es noch in nächster Zeit bleiben. Der Bau der beiden Flüchtlingshäuser in der Siebenbürgen Straße konnte durch Beteiligung und entgegenkommendes Engagement der Nachbarn zügig erfolgen. Das Gebäude Ludwigsburgerstr. 44 wird nun erst nach einem in der Bürgerschaft heftig diskutierten aber durch den Bürgerentscheid bestätigten Beschluss gebaut werden können. Die guten Erfahrungen in der Siebenbürgen Straße können dazu ermutigen, dass sich bei gutem Willen eine gedeihliche Nachbarschaft auch in der Ludwigsburgerstraße entwickeln wird.

Der Bau weiterer Flüchtlingsgebäude und die Betreuung der Flüchtlinge werden weitere hohe Kosten verursachen. Bedauerlich ist, dass Land und Bund, trotz ihrer Überschüsse, die Kosten nur zum geringen Teil übernehmen.

Wir möchten der Verwaltung für ihr Engagement bei der Flüchtlingsunterbringung danken. Spezieller Dank an Frau Neuhöfer, Herrn Rees, Frau Porsche, Frau Pöppel und Frau Quilitz aber auch an die vielen Ehrenamtlichen, die mit hohem persönlichen Einsatz zur Integration und damit zum Gemeinwohl beitragen.

Korntal-Münchingen und die Energiewende:

In einer Rede hat unser Ministerpräsident Kretschmann kürzlich mit Vehemenz betont: „Der Klimaschutz ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts.“ Klimaschutz sollte deshalb bei allen Planungen der Stadt eine hohe Priorität bekommen und in einer noch engagierteren Weise Chefsache werden.

Stadtverwaltung und Gemeinderat von Ko-Münchingen haben diese Herausforderung schon sehr früh als Aufgabe erkannt. Bereits 2005 wurde das „Kommunale Klimaschutzkonzept“ beschlossen. Zunächst sollte vor allem durch betriebliche Verbesserungen der Energieverbrauch der städt. Gebäude und damit deren CO₂-Ausstoß reduziert werden.

In 2010 ließ man dann eine umfangreiche Studie erstellen, das „Teilklimaschutzkonzept“, wo ein Großteil der städt. Gebäude daraufhin untersucht werden sollte, wie man sie technisch renovieren und dabei energetisch optimieren kann. Das Ergebnis war eine sehr fundierte Studie und sie wurde vom Gemeinderat für sehr gut geheißen. Sie sollte die Richtschnur für

die Stadt sein, wie man im Laufe der kommenden ca. 15 Jahre die Gebäude renovieren und gleichzeitig ökologisch optimieren könnte. Der energetische Teil der Sanierung würde gemäß Studienergebnis ca. 50 % der Gesamtkosten ausmachen; dieser Betrag sollte aber durch die Energieeinsparung in den nachfolgenden Jahren wieder zurückfließen. Das heißt, die energetischen Maßnahmen würden die Gemeinde am Ende nichts kosten. Das war das Ziel!

Diesem ist unserer Stadt aber bis heute kaum gerecht geworden. Bisher ist nur ein kleiner Teil der Projekte umgesetzt worden, obwohl fast die Hälfte der veranschlagten Jahre bereits vergangen ist. Selbst im aktuellen Projektplan 2017 wurde das Projekt 43 „Umsetzung Teilklimaschutzprojekt“ wieder weit nach hinten geschoben, nämlich in Priorität 2 und 3, und damit auf die Jahre weit nach 2020. Wir Grüne haben deshalb dieses Jahr beantragt, dass wenigstens die ganz eklatanten Fälle wie die Realschule und die Aula des Gymnasiums früher aufgegriffen und dass sie bis 2019 oder 2020 realisiert werden sollen. Bekanntlich wurden unsere Anträge hierzu glattweg abgelehnt. Unsere Stadt verpasst mit dieser Ablehnung eine weitere große Chance, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Ist denn unser gemeinsamer Beschluss, dem Klimawandel durch CO₂-Reduzierung entgegen wirken zu wollen, nur ein Lippenbekenntnis?

2012 wurde dann das „Integrierte Klimaschutzkonzept“ der Stadt erstellt und beschlossen. Die Gemeinde verpflichtete sich darin unter anderem, (hier Zitate in Auszügen):

- *Das weltweit anerkannte Ziel einer Reduktion der CO₂ Emissionen auf 2 Tonnen pro Jahr und Einwohner bis zum Jahr 2050 wird angestrebt. ... (von heute 5,3 Tonnen)*
- *Um dieses Ziel zu erreichen, werden der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Optimierung der Energieeffizienz und die Energieeinsparung mit Nachdruck verfolgt.*
...
- *Die Stadt Korntal-Münchingen bekennt sich zu ihrer öffentlichen Vorbildfunktion. Daher werden kommunale Entscheidungen stets hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Klima und die Klimafolgen überprüft. ...*
- *Weil eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik nur mit Beteiligung der kommunalen Gemeinschaft gelingen kann, legt die Stadt Korntal-Münchingen besonderen Wert auf Information, Beratung, Unterstützung und eine enge Zusammenarbeit mit ihren Bürgerinnen und Bürgern.*

Auf die gleiche Selbstverpflichtung von 2012 haben wir Grüne bereits letztes Jahr hingewiesen, weil bis dahin praktisch keine CO₂ Reduzierung stattgefunden hatte und auch keine Besserung in Aussicht stand. Aber wie ist die Situation heute, also ein weiteres Jahr später?

Gibt es endlich zumindest ein Gesamtkonzept, das Aussicht auf Umsetzung und auf Erreichung einer nennenswerten CO₂ Reduktion hat? Wir meinen nein. Die Hauptemittenten, nämlich die Privathaushalte sind doch noch gar nicht einbezogen! Diese verursachen doch allein über 50 % des CO₂-Ausstoßes der Stadt. Wo bleiben die versprochenen Aktionen zur Beratung und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger?

Wir Grüne haben dieses Jahr in einem unserer Anträge den Wunsch geäußert, dass mehr Geld für Öffentlichkeitsarbeit eingestellt werden sollte, und stießen auf reine Ablehnung.

Dabei geht es uns nicht um Glanzbroschüren, wie uns abfällig unterstellt wurde, sondern um echten motivierenden Kontakt mit den Bürgern! Viele Bürgerinnen und Bürger sind doch noch gar nicht sensibilisiert auf dieses Thema. Diese müssen erst erkennen, wie dramatisch die Klimasituation ist und sie müssen erfahren, dass wir alle zum Klimaschutz beitragen können und müssen. Sie müssen merken, dass die Stadt hinter ihnen steht und sie voll unterstützt. Mit kleinen Amtsblatt-Artikelchen, wie kürzlich in der Diskussion um die Haushaltsanträge vorgeschlagen, ist das natürlich nicht gemacht.

Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung ist die fertiggestellte Studie zur Wärmeversorgung in Korntal-West. Das Ergebnis zeigt deutlich, dass man heute in Neubauten allein mit erneuerbaren Energien und ganz ohne fossile Brennstoffe auskommen kann. Mit Wärmepumpen, Fotovoltaik, Solaranlagen und Speichern kann man heute sogar erreichen, dass nicht nur kein CO₂ erzeugt wird sondern sogar abgebaut wird. Die Anfangsinvestition ist zwar etwas höher, langfristig aber ist die neue Technik sogar kostengünstiger, weil man kein Brennmaterial mehr kaufen muss! Das muss den Hausbauern deutlich gemacht werden! Wir als Gemeinde müssen darauf achten, dass der Bebauungsplan die entsprechenden technischen Möglichkeiten bietet; es darf keine unnötigen technischen Einschränkungen geben.

Diese neue Heiztechnik ohne fossile Brennstoffe darf aber nicht nur für Korntal-West gelten. In Korntal-Münchingen werden zur Zeit viele Häuser gebaut, die doch alle dieses Wärmekonzept übernehmen können. Die Stadt muss beispielgebend sein, weshalb auch beim Flüchtlingsheim am Esslingerweg unserer Meinung nach ein solches Konzept übernommen werden muss. Weil später keine Heizkosten anfallen, wäre das auch ein Beitrag in Richtung „bezahlbarer Wohnraum“.

Mindestens ebenso wichtig ist die vorgesehene Studie zum „Quartierskonzept“, die auch, wie das Wärmekonzept Korntal-West, von Endura gemacht werden soll. Hier soll untersucht werden, wie in Bestandshäusern die Bevölkerung motiviert werden kann, ihren Energiebedarf für Heizung, Warmwasser und Strom zu senken und verstärkt auf erneuerbare Energien überzugehen. Hier liegt eine besonders wichtige Aufgabe bei der Stadt, die Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen. Wenn das gelänge, wäre es ein Durchbruch in der angestrebten CO₂-Reduzierung. Aber ob die Studie zum „Quartierskonzept“ überhaupt durchgeführt wird, ist derzeit offen, weil die angestrebte Landesförderung für diese Studie etwas geringer ausfallen könnte, als ursprünglich gedacht. Das wäre wieder eine verpasste Chance.

Korntal-West und weitere neue Wohngebiete

Bei Korntal-West wurden im letzten Jahr wieder einige Hürden genommen. Nun wird es spannend, wie sich die Grundstücksbesitzer bei der Umlegung verhalten und ob sie mit den Umlegungsbedingungen einverstanden sind. Die vorgesehene Siedlungsstruktur erscheint durchaus ansprechend. Wie schon oben erwähnt, finden wir auch das Wärmekonzept sehr gut und beispielgebend, wenn es denn so kommt.

Wir bedauern, dass es kaum gelingen wird, sogenannten „bezahlbaren Wohnraum“ zu schaffen. Wir erkennen die Bemühungen der Stadt an, prinzipielle Möglichkeiten für dessen

Beschaffung darzustellen. Aber aufgrund unserer Kassenlage und dadurch, dass wir nur sehr begrenzt Eigentümer der Grundstücke sind, kann die Stadt keinen großen Beitrag leisten. Für diesen Zweck noch eine sogenannte „Sozialkomponente“ bei der Umlegung draufzulegen, erschien bei den bereits sehr hohen zu erwartenden Grundstückspreisen nicht mehr zumutbar, was wir Grüne aber sehr bedauern.

Immerhin wurden die bisherigen Planungskosten und die anteiligen Kosten für die Kita mit in die Umlegung einbezogen; alle weiteren Folgekosten werden bei der Stadt und damit bei allen anderen Bürgern bleiben! Die von Anfang an angestrebte „schwarze Null“ wird damit nicht erreicht.

Leider ist vorgesehen, weitere Baugebiete auf der Gemarkung im Bereich Münchingen auszuweisen. Die Stadt gibt damit dem Immobiliendruck in der Großstadtregion von Stuttgart nach. Dabei können wir sicher sein, dass die derzeitige Nachfrage nach Immobilien noch viel größer ist, und dass wir den Bedarf bei weitem nicht decken können. Was aber, wenn der Boom einmal zu Ende ist? Erste Anzeichen auf dem Finanzmarkt kann man schon erahnen. Brauchen wir dann alle diese Wohnungen? Sicher ist, dass, wenn mal gebaut ist, dass dann wieder wertvoller Ackerboden zerstört sein wird. Deshalb plädieren wir Grüne weiterhin dafür, das geplante Baugebiet am Pflugfelderweg nicht zu erschließen und nicht zu bebauen.

Bezüglich weiterer Baugebiete wollen wir noch auf folgendes hinweisen: alle neuen Baugebiete brauchen auch viel Planungsarbeit bei der Stadt. Kann denn das Bauamt all diese Projekte beim derzeitigen Personalstand überhaupt bearbeiten? Bekanntlich sind auch die geeigneten Fachkräfte zurzeit nicht auf dem freien Markt zu finden. Eine Abhilfe ist also nicht zu erwarten. Stattdessen werden wohl wieder viele Planungsarbeiten für teures Geld nach außen vergeben werden.

Umweltschutz in Korntal-Münchingen:

Uns Grünen sind naturgemäß die Umweltthemen sehr wichtig. Unsere Ansprechstelle ist deshalb primär die Umweltschutzstelle. Wir arbeiten sehr gerne mit Frau Lugibihl zusammen. Wir danken ihr für ihren großen Einsatz, meinen aber, dass sie aufgrund der Vielfalt der Aufgaben unbedingt mehr Unterstützung benötigen würde. Hier einige Beispiele:

- Wir vermissen weiterhin eine transparente Darstellung angedachter und durchgeführter Ausgleichsmaßnahmen und eine Aufstellung eines Punktekontos. Würde es das geben, gäbe es nicht immer wieder Diskussionen zu diesem Thema.
- Vor Jahren wurde mit wesentlichem Aufwand der Standort für ein Windrad auf der Münchinger Gemarkung erarbeitet. Zur Umsetzung ist es nicht gekommen. Da die Windkraft mit die ökologischste der erneuerbaren Energien darstellt, sollte dieses Projekt unbedingt wiederaufgenommen werden und sollte nicht wegen Personalmangels in der Schreibtischlade verschwunden bleiben.
- Der Lärmaktionsplan wurde unter ihrer Leitung aufgestellt und wird jetzt auch umgesetzt. Es wird sicherlich einige Verbesserungen geben, aber auf die größten Lärmemittenten wie Autobahn, B10 und Bahn haben wir wenig Einfluss. Herr Dr. Wolf, danke für Ihre Initiative, die Bahn zu Lärmschutzmaßnahmen zu bewegen. Die Bahn hat

ja jetzt versprochen, einige Maßnahmen an der Bahnstrecke vorzuziehen; wir Grüne sind skeptisch, ob es dazu kommen wird.

- Auch das Thema Fairtrade Town ist von Stadt-Seite ein Aufgabengebiet von Frau Lugibihl. Dafür trifft sich die Steuerungsgruppe in regelmäßigen Abständen. Die Gruppe wendet sich an die Geschäfte, an die Schulen, die Vereine und an die Kirchen. Leider ist es aber noch nicht gelungen, die Voraussetzungen zu erfüllen, dass sich Korntal-Münchingen als Fairtrade Town bewerben kann. Wir meinen, da ist mehr Öffentlichkeitsarbeit notwendig und mehr klares Eintreten der Stadt für dieses Ziel.
- FNP (Flächennutzungsplan) und LUP (Landschafts- und Umweltplan): beide Pläne bauen aufeinander auf. Der alten Pläne sind bereits 2010, also vor 7 Jahren(!), abgelaufen und sollten längst für den Zeitraum bis 2030 fortgeschrieben werden. Mangels eigenen Personals sind die Arbeiten vor mehreren Jahren nach außen vergeben worden. Das beauftragte Institut kannte aber unsere Gemarkung praktisch nicht, so dass die ersten Ergebnisse so fehlerhaft waren, dass die Arbeiten eingestellt werden mussten. Nun warten sie auf Wiederaufnahme. Inzwischen wird die Gemarkung mit weiteren Bauprojekten überplant, ohne dass wir ein konkretes langfristiges Konzept für unsere Gemarkung haben. Wir halten diese Vorgehensweise nicht für richtig und drängen auf umgehende Erstellung eines FNP und LUP unter Einbeziehung der lokalen Fachleute aus Landwirtschaft und Umweltverbänden.
- Allein zur Fortsetzung des „Integrierten Klimaschutzkonzeptes“ hat Frau Lugibihl in der Klimamanagerin Frau Dr. Schottler Unterstützung bekommen. Aber auch dort sind wir mit dem Fortschritt nicht einverstanden. Wir vermissen, wie schon oben erwähnt, ein Gesamtkonzept. Wie will man beispielsweise auf die Haupt-CO2-Emittenten bei Privathaushalten und beim Gewerbe zugehen? Welche Mittel möchte man einsetzen? Es ist nicht klar, was man erreichen möchte und was erreichbar ist. Wie geht man auf die Bevölkerung zu? Mit ab und zu einem Artikel im Amtsblatt ist es nicht getan. Ich möchte deshalb wiederholen: wir brauchen ein Konzept, wie wir die Bevölkerung in die wichtige Aufgabe, dem Klimawandel entgegenzuwirken, einbeziehen können.
- Das Thema Insektensterben ist noch gar nicht aufgegriffen. Dieser bisher kaum publizierten sich nähernden Katastrophe müsste dringendst Einhalt geboten werden.
- Auch die kürzlich beschlossene Aktion zum „Mobilitäts- und Parkraumkonzept“ ist in der Umweltstelle angesiedelt. Es ist wieder einmal eine große Studie mit Verkehrszählung vorgesehen. Allein diese wird ca. 100.000 Euro kosten und dann ist noch nichts verbessert. Es werden weitere Jahre ins Land gehen, ehe vielleicht etwas Konkretes geschieht. Was wollen wir mit einer Studie zu einem Parkraumkonzept? Dass es zu viele Autos gibt und dass die Straßen vollgeparkt werden, ist bekannt. Wir werden aber sicher nicht das Geld haben, um ein Parkhaus zu erstellen. Den Hinweis an die Bewohner, dass sie ihre Garagen für Autos und nicht als Kellerersatz benutzen sollten, kann man auch so geben. Die Parksituation am Bahnhof scheint aber doch gar nicht so dramatisch zu sein, denn der Park & Ride Parkplatz ist meist nicht ausgelastet. Wenn es an den zu zahlenden Parkgebühren liegen sollte, muss man hier halt eine Lösung finden.

Wir vertreten die Ansicht, ein Mobilitätskonzept kann man auch schon jetzt in kleinen Schritten beginnen, wir denken da eine attraktivere Aufenthaltsqualität für Fußgänger und Radfahrer. Z.B. durch Gleichberechtigung von Fußgänger-, Radfahr- und

Autoverkehr, durch Errichtung von genügend und geeigneten Fahrradständern an Geschäften und am Bahnhof, durch Aufstellen von Bänken, durch attraktive Grünpflege u.a. . So ein Mobilitätskonzept sollte man umgehend in allen Stadtteilen einführen.

Darüber hinaus sollten wir auf die Nachbarkommunen wie Gerlingen oder Ditzingen schauen, die bereits auf Elektromobilität setzen. Das Elektrofahrrad hat großes Potential, die innerörtliche Mobilität zu verbessern und gleichzeitig den innerstädtischen Autoverkehr zu reduzieren.

Wir sollten uns auch am Projekt „RadNETZ“ des Landes Baden-Württemberg beteiligen. Das Verkehrsministerium unterstützt die Kommunen bei der Aufgabenwahrnehmung, unter anderem bei der Planung, der Beschilderung und der Öffentlichkeitsarbeit; außerdem stellt es Fördermittel zur Verfügung. Wir Grüne meinen, wir müssen nicht auf irgendwelche Studien mit Verkehrsuntersuchungen warten; packen wir es doch an!

Schluss

Wir appellieren, bei allen Finanznöten, den Umweltschutz nicht zu vernachlässigen. Der weltweit bereits eingetretene Klimawandel verlangt von uns, mehr gegen den CO₂-Ausstoß zu tun. Das in 2012 vom Gemeinderat beschlossene Ziel muss endlich ernsthaft angegangen werden. Bisher ist es fast nur ein Lippenbekenntnis.

In der Summe liegt uns ein Haushalt vor, mit dessen Gesamtergebnis wir wegen der anstehenden Schuldenaufnahmen nicht zufrieden sein können. Aber wir sehen keine Alternative, wenn wir unsere dringenden Aufgaben erfüllen wollen. Wir danken dem Kämmerer für seine gute Arbeit und für die klare und offene Darstellung der Situation. Dank auch an die übrigen Bereiche der Verwaltung für die aufgeschlossene Zusammenarbeit. Besonderer Dank an Sie Herr Bürgermeister für Ihren großen Einsatz für unsere Stadt. Dank auch an Sie liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates für die fairen und offenen Diskussionen, auch wenn wir uns bei Umweltthemen oft mehr ökologische Sensibilität wünschen würden.

Die Fraktion der Grünen stimmt dem Haushaltsentwurf 2017 zu.

Wolf Ohl

20.3.2017